

# „Sarkafrique“ statt „Françafrique“?

## Eine neue französische Afrikapolitik ist nicht in Sicht

Ortwin Ziemer / Thérèse Prosche\*

» Was den USA seit der Weiterentwicklung der Monroe-Doktrin durch Präsident Theodore Roosevelt Mittelamerika und die Karibik gewesen sind, ist Frankreich seit der Kolonialepoche und lange darüber hinaus sein Einflussbereich im frankophonen Afrika geblieben – und eben dort liegt für Frankreichs EU-Partner das Problem.

In Afrika immer wieder mehr oder minder offen zu intervenieren, um seine strategischen Interessen durchzusetzen und zu wahren, hat Paris sich noch nie verbieten lassen wollen. Solange es dies alleine tat, ließen die europäischen Nachbarn Frankreich meist gewähren. Bei der Krise im Tschad seit Oktober 2007 aber komplizierte sich die Lage zusehends. Für Ungemach sorgte zu Jahresbeginn bereits Sarkozys unverhohlenes Eintreten für seine sechs Landsleute, die im Rahmen einer dubiosen, vorgeblich humanitären Evakuierungsaktion von angeblich aus der sudanesischen Bürgerkriegs-provinz Darfur in den Tschad geflohenen Waisenkindern in N'Djamena wegen Kindesentführung angeklagt waren. Von Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates und Missachtung von dessen Justiz sprachen die Kritiker. Das Problem für die übrigen Europäer verschärfte sich grundlegend, als sie in der Folgezeit durch die Aufstellung und Entsendung der EU-Schutztruppe zugunsten der Flüchtlinge im Ost-Tschad und im Norden Zentralafrikas in die undurchsichtigen Ränkespiele zwischen Frankreich und seinem Protégé, dem tschadischen Präsidenten Idriss Deby Itno, hineingezogen zu werden drohten. Dass Frankreich fast zwei Drittel dieser EU-Eingreiftruppe stellt, die das erste nennenswerte Beispiel dieser Art ist, ändert nichts daran, dass eine solche Einheit nach dem Dafürhalten

der übrigen Teilnehmerstaaten sich strikt neutral zu verhalten hat, um die Glaubwürdigkeit der Aktion nicht zu gefährden und eine mögliche künftige EU-Außenpolitik nicht von vornherein hoffnungslos zu diskreditieren.

Dies wird schwierig, hält man sich die von Paris nie offiziell eingestandenen wahren Gründe seiner seit Jahrzehnten massiven Präsenz im Tschad vor Augen: Frankreich unterhält dort seine größte Militärbasis in Afrika und hat – wie andere westliche Länder auch – großes Interesse daran, dass die in jüngster Zeit im Tschad an Bedeutung immens gestiegene Ölförderung weiter stabil bleibt. Dafür aber ist derzeit der 1990 mit Waffengewalt und Frankreichs Hilfe an die Macht gekommene Deby Itno der momentan einzige Garant, – sicherlich aber nicht für die völlig hypothetische Einführung einer stabilen und glaubwürdigen Demokratie im Tschad, die Frankreichs Politik vor Ort gelinge gesagt eher erschwert als fördert. Daran ändern auch die mehrmals wiederholten Beteuerungen des Staatspräsidenten und seines Außenministers Bernard Kouchner, die so genannte *Françafrique* gehöre definitiv und selbstverständlich seit langem der Vergangenheit an, herzlich wenig. Hat Paris doch Mitte Februar für den Transport von Munition und vermutlich auch von Panzergranaten aus Libyen in den Tschad gesorgt, die Deby Itno dringend zur Niederschlagung einer Milizenrevolte

\* Ortwin Ziemer lebt als Korrespondent auf La Réunion und unterrichtet dort in französischen Europa- und Abibac-Klassen Geografie, Geschichte, Deutsch, Gemeinschafts- und Landeskunde. Thérèse Prosche hat Diplomatie und Internationale Beziehungen studiert und ist derzeit Fremdsprachenassistentin für Deutsch in Frankreich.

benötigte, die seinen Machterhalt bedrohte. Dass Nicolas Sarkozy dafür fast selbstverständlich Gegenleistungen erwartete und im Rahmen der genannten Affäre natürlich auch bekam, hat niemanden überrascht.

## Humanitärer Interventionismus?

Bereits mehr als einen Monat bevor sechs Mitglieder der umstrittenen NGO *Arche de Zoé*, darunter ihr Vorsitzender Eric Breteau, am 26. Dezember 2007 im Tschad zu acht Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurden, verkündete Sarkozy sehr rasch und vollmundig, er werde die „Landsleute heimholen, ganz gleich, was immer sie getan hätten“. Entsprechend heftig fielen die sicher nicht immer rein spontanen antifranzösischen Proteste im Tschad aus. Bereits zwei Tage nach ihrer Verurteilung wurden die sechs Mitarbeiter der Organisation nach Frankreich überführt und Ende Januar 2008 die im Tschad verhängte Strafe von einem französischen Gericht in acht Jahre Gefängnis umgewandelt. Soweit an sich nichts Ungewöhnliches. Am 31. März 2008 jedoch (inzwischen hatte Deby Itno die Rebellion der Milizenverbände, die seine Hauptstadt Ende Januar/Anfang Februar in Bedrängnis gebracht hatte, dank der mehr als nur wohlwollenden Haltung Frankreichs ausgestanden) wurden alle sechs Verurteilten vom tschadischen Potentaten begnadigt und in Frankreich umgehend aus der Haft entlassen. Man muss nun vielleicht nicht so weit gehen wie der grüne Abgeordnete und Bürgermeister von Bègles, Noël Mamère, der bezüglich Sarkozys Vorgehen in diesem Zusammenhang auf seiner persönlichen Webseite von „mitleidstrunkenem Neokolonialismus“ sprach, der die neue developmentpolitische Strategie des „humanitären Interventionismus“ von Außenminister Bernard Kouchner blind umgesetzt habe. Feststehen dürfte allerdings, dass von einer Behandlung des Tschad als gleichberechtigtem Partner und einer wirklichen Verteidigung der Menschenrechte in den afrikanischen Ländern selbst als neuer Leitschnur der französischen Afrikapolitik unter Sarkozy zumindest in diesem Fall nicht die Rede sein kann. Jedenfalls war die Tschad-Krise kein Beispiel für das von Sarkozy am

28. Februar 2008 in Cape Town angekündigte Ende der *Françafrique*. Manche Beobachter und Kritiker – *honi soit qui mal y pense* – sprachen viel mehr sehr rasch von deren Ablösung durch eine „Sarkafrique“ und nahmen dem französischen Präsidenten seine ostentative Kurskorrektur gegenüber dem Faux-Pas von Dakar sieben Monate zuvor nicht so recht ab.

Unmittelbar nach Sarkozys umstrittener afrikapolitischen Programmrede vom 26. Juli 2007 an der Universität von Dakar im Senegal war dieses neue Schlagwort bereits im Sommer 2007 anlässlich der ersten Afrikareise des frisch gekürten Präsidenten aufgetaucht. Die Wortschöpfung im Sinne einer neuen französischen Offensive in seinen ehemaligen Kolonien, die sich auf manche aus dem kolonialistischen Wortschatz nicht nur übernommene, sondern in jüngster Zeit von neuem offen vertretene Werte zu stützen scheint, wurde von einigen internationalen Beobachtern als Bezeichnung für paternalistische Bevormundung und Gängelung der Afrikaner benutzt. Ungute Erinnerungen wurden wach an die Polemik, die im Februar 2005 der später zurückgenommene, ursprünglich auf Betreiben Sarkozys auf den Weg gebrachte Gesetzentwurf über die angeblich positive Rolle der einstigen Kolonialmacht Frankreich ausgelöst hatte. Nicolas Sarkozy hatte in seiner Ansprache in Dakar in einer mehr als bedenklichen Anleihe an die ebenfalls dem Gedankengut des Kolonialismus entstammende Klimatheorie die Afrikaner aufgefordert, sich endlich aus der ihnen eigenen, dem gebetsmühlartigen Rhythmus der Jahreszeiten gleichenden Lethargie zu lösen und ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Wenngleich Sarkozy sehr wohl die Verbrechen des Kolonialismus ausdrücklich anerkannte, so wirkte das gleichzeitige Bestehen auf der angeblichen zivilisatorischen Mission der Kolonisierung wie ein wiederholter, krampfhafter Schönrede-Versuch.

## Lob und Kritik

Knapp fünf Monate vor dem am 13. Juli 2008 in Paris geplanten Gipfel zwischen der EU und den ihr nicht angehörenden Mittelmeer-Anrainern, bei dem die „Union für das Mittelmeer“ offiziell

aus der Taufe gehoben werden soll, versuchte Sarkozy in Südafrika sichtlich, das Heft wieder in die Hand zu nehmen und die Vorwürfe zu widerlegen. Vor diesem Hintergrund wirkte sein Eingeständnis, die Afrikaner hätten zu Recht genug davon, sich Moralpredigten anhören und Lektionen erteilen lassen zu müssen, schon beinahe wie ein für den nicht eben an mangelndem Selbstbewusstsein leidenden Elysée-Chef ungewöhnlicher Ansatz zur Selbstkritik. Plötzlich war Afrika nicht mehr der kranke Mann der Globalisierung, sondern fast schon ein Kontinent unbegrenzter Möglichkeiten. Nicolas Sarkozy nannte Südafrika als Vorbild für diese neue „afrikanische Renaissance“ und erntete dieses Mal uneingeschränktes Lob von den meisten führenden afrikanischen Politikern, allen voran Südafrikas Staatschef Thabo Mbeki, der vor allem die angekündigte Neuverhandlung der zahlreichen bilateralen Bündnis- und Militärhilfsabkommen zwischen Paris und zahlreichen afrikanischen Hauptstädten begrüßte. Es geht dabei um Verträge, die meist noch aus der Zeit unmittelbar nach der Unabhängigkeit vieler Länder im ehemaligen Französisch-Westafrika stammen, also aus den 1960er Jahren. Mbeki sprach daher gar von einer logischen Fortsetzung des Entkolonisierungsprozesses durch seinen französischen Amtskollegen.

Frankreichs unverhohlenes Eintreten zugunsten von Diktatoren wurde von Sarkozy allerdings auch in der Rede am Kap bezeichnenderweise mit keinem Wort erwähnt. Vielmehr schien der Präsident, mit neuen Tönen zwar, in der Sache aber unbeirrbar, einen weiteren Einflussverlust Frankreichs in Afrika zugunsten aufstrebender, rohstoffhungriger Schwellenländer wie China und Indien unbedingt verhindern zu wollen. Die neue Afrikapolitik des Sowohl als Auch soll selbstverständlich auch wirtschaftlich durchkonjugiert werden. Einer deutlichen Erhöhung der französischen Entwicklungs- und Strukturhilfe für diesen Teil der Welt sollen daher nach dem Willen des Elysée auch lukrative Investitionsabkommen für französische Marktführer, vor allem im südlichen Afrika entsprechen. In diesem Kontext ist daher das Angebot, den Willen der Afrikaner bei der Neufas-

sung der erwähnten Militärverträge wirklich zur Kenntnis zu nehmen und auch das französische Parlament stärker daran zu beteiligen, keinesfalls als völlig selbstloser Idealismus anzusehen, ebenso wenig wie das Angebot, sich für einen ständigen Sitz Kapstadts im Weltsicherheitsrat stark zu machen.

Sicherlich kündigte Sarkozy an, seine Truppenpräsenz nicht über 2010 oder 2012 aufrechterhalten und sie bis dahin zur Unterstützung der Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit unter dem Dach der Afrikanischen Union einsetzen zu wollen. Wie eine gewisse Infragestellung dieser neuen Leitlinien klang zugleich jedoch seine Bezeugung, die Neuverhandlung der Militärverträge bedeute keinesfalls einen einseitigen Rückzug Frankreichs vom Schwarzen Kontinent.

Eine im noblen Sinne des Wortes realpolitische Klärung des afrikapolitischen Kurses Frankreichs wird also vonnöten sein, um nicht weiter an Glaubwürdigkeit zu verlieren und dadurch womöglich erneut zum Gespött eigener diplomatischer Kreise zu werden. Sie hatten Sarkozy nach der Kaprede nicht ohne eine süffisante Dosis Ironie vorgehalten, in der Afrikapolitik bedürfe es zwar keines Bruches, sehr wohl aber einer gründlichen Runderneuerung.

Nur wenn dies vermieden werden kann, dürfte auch die „Union für das Mittelmeer“ eine Chance haben und nicht zu weiteren Auseinandersetzungen mit dem deutschen Nachbarn führen, der in Europa nach wie vor Frankreichs wichtigster und unumgänglicher außenpolitischer Ansprechpartner bleibt. Nicolas Sarkozy hatte Angela Merkel bereits deutliche Zugeständnisse in diesem Punkt machen müssen, bevor sich Berlin bereit fand, in den neuen Pariser Plänen keine unliebsame Konkurrenz zur EU mehr zu sehen und schließlich dafür zu sorgen, dass das Ganze durch die Bundesregierung als eine gemeinsame deutsch-französische Initiative dargestellt wurde, die dann auch den Brüsseler Kommissionsseggen bekam. Zuvor hatte Nicolas Sarkozy bei seinem Algerienbesuch Anfang Dezember 2007 seinem Amtskollegen Bouteflika angeboten, gemeinsam mit Paris die Achse beziehungsweise das Rückgrat der geplanten Mittelmeer-Union zu bilden.

### „Es geht um die Neuverhandlung der Bündnis- und Militärverträge.“

## Gewisse Paradoxe

Nicolas Sarkozy dürfte in den kommenden Monaten bemüht sein, in seine Afrikapolitik endlich jenen roten Faden einzuweben, der im ersten Jahr seiner Präsidentschaft oft vermisst wurde. Fast zeitgleich mit seiner ersten Afrikareise Ende Juli 2007 nach Libyen, in den Senegal und nach Gabun, hatte seine damalige Gattin Cécilia die am 24. Juli nach rund acht Jahren Haft und einem Todesurteil freigelassenen sechs bulgarischen Krankenschwestern und einen Anästhesisten palästinensischer Abstammung in einer französischen Präsidentschaftsmaschine persönlich nach Sofia begleitet. Dem französischen Präsidenten wurde vorgeworfen, aus dieser Affäre einseitig nationales Kapital schlagen zu wollen. Darüber hinaus wurde ihm vorgehalten, mit Ghadafi zugunsten günstiger Nukleargeschäfte einen notorischen Diktator unnötig aufzuwerten, indem seine Auftaktreise nach Afrika ausgerechnet in diesem Land begann, zudem Sarkozy dem libyschen Potentaten bei seinem Gegenbesuch in Paris Mitte Dezember 2007 nochmals höchste diplomatische Ehren zuteil werden ließ. Nicht zuletzt missfiel manchen Kritikern, dass Nicolas Sarkozy mit den drei im Sommer 2007 besuchten Ländern erneut nicht aus seinem traditionellen afrikanischen Hinterhof herausgekommen sei, nachdem es nach seinem im Wahlkampf auch afrikapolitisch angepriesenen Bruch mit seinen Vorgängern eher geraten gewesen wäre, mit Paris weniger eng verbundene Länder wie zum Beispiel Ghana oder Südafrika für diese Auftaktvisite auszuwählen.

Als er schließlich Ende April 2008 Tunesien besuchte, zeigte sich, dass er in Sachen Afrikapolitik gegen gewisse Paradoxe noch immer nicht gefeit ist. Hatte sich bei der Rede am Kap Südafrikas Staatschef Mbeki noch lobend darüber geäußert, dass Frankreich künftig nicht mehr als der moralische Lehrmeister Afrikas auftreten wolle, so wurde nun ausgerechnet diese Maxime für Sarkozy in Tunis zu einem Stolperstein in der nationalen und internationalen öffentlichen und veröffentlichten Meinung. Als der französische Präsident seinem tunesischen Widerpart Ben Ali bescheinigte, dessen Land mache viel versprechende Fortschritte in puncto Menschenrechte, musste er sich in der

Folge anhören, in Tunesien viel zu wachsw weich aufzutreten zu sein.

Eine klare Linie fehlte nicht zuletzt in der immer noch nicht beendeten diplomatischen Rutschpartie um den Ex-Regionalpräsidenten der Komoreninsel Anjouan, Mohamed Bacar. Solange dieser in den vergangenen Jahren Paris half, unerwünschte Wirtschaftsflüchtlinge zu stoppen, die aus der Komorenrepublik auf die wirtschaftlich deutlich besser dastehende, bei Frankreich verbliebene Insel Mayotte wollten, war Bacar auch in Paris ein gern gesehener Gast. Seit seiner von Moroni und auch der Afrikanischen Union aber nicht anerkannten Wiederwahl im Frühjahr 2008 und seiner anschließenden militärischen Absetzung durch die komorische Zentralmacht, die auch Paris wiederum diplomatisch unterstützte, gleicht dieser Affäre erneut einer afrikapolitischen Quadratur des Kreises vor kolonialgeschichtlichem Hintergrund, zudem Bacar derzeit seit seiner Flucht auf der französischen Insel Réunion in Auslieferungshaft sitzt.

## Ein neuer Anfang?

Die Stationierung der europäischen Schutztruppe im Tschad ist unterdessen so gut wie abgeschlossen. Sollte nicht rasch ein grundlegendes und aufrichtiges Umdenken der EU, aber vor allem Frankreichs, bezüglich seiner Haltung gegenüber den ehemaligen Kolonien in Afrika einsetzen, so droht dem gemeinsamen Auftreten der Europäer auf der internationalen Bühne ein Scherbenhaufen, noch bevor dessen erste Bewährungsprobe überhaupt wahrhaft begonnen hat. Sollte Nicolas Sarkozy sich hingegen selbst beim Wort nehmen und die am Kap im Februar angesprochene Rolle Frankreichs als Gendarm Afrikas wirklich aufgeben und zugleich die europäischen Partner bei der sicherheitspolitischen Neuordnung dieses Teils der Welt wirklich stärker mit einbeziehen, könnte vielleicht nicht nur Afrika selbst in allen Bereichen einen neuen Anfang finden, sondern möglicherweise auch Europa (mit Afrika als Sprungbrett) außen-, verteidigungs- und sicherheitspolitisch endlich flügge werden.